

Aus dem Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR
Abteilung Umweltschutz
(Abteilungsleiter: Günter Franke)

Über grundsätzliche Aufgaben der sozialistischen Landeskultur und der Umweltgestaltung in der DDR

Von

Günter Franke

(Eingegangen am 15. November 1975)

Die jüngste Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands widerspiegelte nicht nur eine Bilanz des bisher Erreichten in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes, auf die wir mit Recht stolz sein können, sondern legte in aller Deutlichkeit ein breites Spektrum von Problemen und Aufgaben dar, auf deren Lösung sich die Partei und alle Werktätigen der DDR in Vorbereitung des IX. Parteitages konzentrieren. Die Parteitagsdiskussion hat begonnen. Sie wird nach der grundlegenden Orientierung des 15. ZK-Plenums in allen Bereichen der Gesellschaft und der Wirtschaft von der Erkenntnis durchdrungen, von einem noch engeren Wechselverhältnis zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, zwischen der Erhöhung der Produktion und der Verbesserung der Lebensbedingungen unseres Volkes im umfassendsten Sinne des Wortes in all unseren Überlegungen, Entscheidungen und Handlungen auszugehen.

Das diesjährige Universitätssymposium „Mensch und Umwelt – sozialistische Landeskultur und Umweltgestaltung als interdisziplinäre Aufgabe der Erziehung, Ausbildung und Forschung an der Martin-Luther-Universität“ reiht sich würdig ein in die breite Bewegung von Initiativen aller Werktätigen, der bisherigen kraftvollen Entwicklung des Leistungsvermögens unserer Gesellschaft weitere Impulse hinzuzufügen.

Die dem Symposium zugrunde liegende Aufgabenstellung verkörpert die Einheit von Weg und Ziel, um an der traditionsreichen und höchsten Bildungsstätte im Bezirk Halle in enger Kooperation mit den sozialistischen Betrieben in Industrie und Landwirtschaft einen konkreten Beitrag zur Bewältigung der Aufgaben in der sozialistischen Landeskultur und Umweltgestaltung zu leisten.

Entsprechend der Aufgabenstellung der 13. und der 15. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, höchste Effektivität der Volkswirtschaft durch Intensivierung zu erreichen, stellen die notwendige Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion sowie der Ausbau des Verkehrswesens und der Städte wachsende Anforderungen an die rationelle Nutzung der Naturressourcen und den Schutz der Umwelt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Maßnahmen des Umweltschutzes in die dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft und der Territorien planmäßig so einzubeziehen, daß durch eine wesentliche Steigerung ihrer Effektivität ein wirksamer, höherer Beitrag für die Sicherung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses geleistet wird. Die Gestaltung und der Schutz der Umwelt müssen zunehmend ein realer Wachstumsfaktor für das Nationaleinkommen werden, indem diese Aufgaben auf der Grundlage einer vollkommenen Stoffausnutzung im Produktionsprozeß realisiert und noch nicht vermeidbare Abfälle einer weitgehenden Verwertung als Sekundärrohstoff für die Volkswirtschaft zugeführt werden. Umweltschutz

kann folglich weder als Selbstzweck noch als „kosmetisches“ Beiwerk der Produktion betrieben werden, sondern hat unmittelbar der Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen insbesondere durch Erhaltung und rationelle gesellschaftliche Aneignung der Naturreichtümer zu dienen.

Der Schutz und die Gestaltung der Lebensumwelt des Menschen und die rationelle Nutzung der Naturreichtümer betreffen ohne Zweifel eines der aktuellen Probleme unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Unter sozialistischen Produktionsverhältnissen sind diese weitreichenden Aufgaben untrennbarer Teil der Politik des Staates zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen seiner Bürger entsprechend der Hauptaufgabe der sozialistischen Gesellschaft.

Die führende gesellschaftliche Kraft in der Deutschen Demokratischen Republik, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, hob auf ihrem VIII. Parteitag die wachsende Bedeutung des Schutzes der Umwelt in den kommenden Jahren bei der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft hervor und forderte, auch auf diesem Gebiet stets das Wohl des arbeitenden Menschen im Auge zu haben. In der vom Parteitag beschlossenen Direktive für den Fünfjahrplan 1971 bis 1975 ist festgelegt, zur rationellen Nutzung der natürlichen Ressourcen die Anstrengungen auf die Reinhaltung der Gewässer und der Luft, den Schutz des Bodens und die Beseitigung und Verwertung von Abfällen sowie auf die Schaffung der wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen für den Umweltschutz zu konzentrieren.

Am 14. Mai dieses Jahres jährte sich zum fünften Male der Tag, an dem die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik das Gesetz über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der Deutschen Demokratischen Republik beschloß. In diesem Zeitraum hat sich das Gesetz vielfach in der Praxis bewährt und ist zur Grundlage des Handelns zentraler und örtlicher Staatsorgane, der gesellschaftlichen Organisationen, der Betriebe und Einrichtungen geworden. Es stellte die Aufgabe, die sozialistische Landeskultur und den Umweltschutz in unserer Republik planmäßig zu entwickeln, und fixierte die unserer sozialistischen Gesellschaft entsprechenden Verhaltensnormen zur sinnvollen Gestaltung der natürlichen Umwelt und zum wirksamen Schutz der Natur.

Es wird dabei von der Erkenntnis ausgegangen, daß unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, im Hinblick auf das dynamische Wachstum der Volkswirtschaft sowie angesichts der qualitativen Veränderungen in der Siedlungsstruktur komplexe Maßnahmen für eine wirksame Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen erforderlich werden. Diese Maßnahmen reichen von der Reinhaltung der Biosphäre bis hin zur Umgestaltung und effektiven Nutzung der Landschaft und ihrer Ressourcen entsprechend den wachsenden Lebensbedürfnissen der Bevölkerung. Die Schutzfunktion ist darin nur eine Seite der Aufgabe. Umweltschutz muß folglich immer im Zusammenhang mit der planmäßigen Nutzung der Naturressourcen zur Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion betrachtet werden.

Die Natur und ihre Reichtümer sind Ursprung der materiellen Güter und unversegbare Quelle der Gesundheit, der Lebensfreude und der Erholung der Bürger. Es kann daher auch keine Alternativfrage geben, ob man die Naturreichtümer nur ausnutzen oder aber sie zugleich auch erhalten und pflegen soll. Nutzung und Schutz bilden unter sozialistischen Produktionsverhältnissen eine untrennbare Einheit und müssen miteinander verbunden sein.

Die ewige Frage des Verhältnisses des Menschen zur Natur hat seit Jahrhunderten die Menschheit bewegt. Jedoch erst durch den Marxismus-Leninismus wurde ein wissenschaftlich begründeter Standpunkt zum Verhältnis von Natur und Gesellschaft entwickelt und die Rolle des geographischen Milieus in der gesellschaftlichen Entwicklung

richtig bestimmt. Es wurde die bestimmende Rolle der Produktionsweise nachgewiesen. Die Produktion als Bindeglied zwischen Natur und Gesellschaft ist nicht nur Stoffwechsel mit den Naturbedingungen, sondern in ihm gehen die Menschen zugleich gesellschaftliche Beziehungen ein, die Klassenbeziehungen sind. Der Schutz der Umwelt und seine gesellschaftliche Wertung und Lösung sind daher stets gebunden an das Gesellschaftssystem. Umweltprobleme sind folglich keine wissenschaftlich-technischen Aufgaben für sich, wie nicht wenige Ideologen des Kapitals glauben machen wollen, um der Konvergenztheorie neue Nahrung zu geben, sondern zutiefst gesellschaftliche Fragen. Ihre Bewältigung muß daher stets von den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen getragen sein.

Wachsende Naturerkenntnis und tiefes Verstehen der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft versetzen den Menschen in die Lage, immer sachkundiger und effektiver den Stoffwechsel mit der Natur zu vollziehen und, wie Marx sagt, das Reich der Freiheit auf diesem Fundament zu errichten. Marx äußert zum Verhältnis von Freiheit und Naturnotwendigkeit die bemerkenswerten Worte:

„Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt als von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen.“

Die sozialistische Gesellschaft verfügt durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die darauf beruhende gesamtstaatliche Leitung und Planung über die grundlegenden Voraussetzungen, um die natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen der Gesellschaft planmäßig zu entwickeln und sie im Interesse des ganzen Volkes zu schützen und effektiv zu nutzen.

Die antagonistischen Klassengegensätze und die anarchische Wirtschaftsweise, die im Kapitalismus eine sinnvolle Ordnung und Nutzung der Landschaft und ihres Potentials verhindern, sind in der sozialistischen Planwirtschaft ein für allemal überwunden. Wir vertreten entgegen imperialistischen Ideologen den Standpunkt, daß die Verunreinigung der Biosphäre nicht objektiv und zwangsläufig mit der technischen Entwicklung und dem Prozeß der Urbanisierung verbunden sein muß und die wirtschaftliche Tätigkeit sich nicht im Widerspruch zur Umwelt des Menschen zu vollziehen braucht.

Die in westlichen Ländern verbreitete These von der „Umweltverschmutzung als unvermeidlichem Preis für den industriellen Fortschritt“ ist in ihrer politischen Zielstellung allzu durchsichtig. Sie dient dazu, von den wahren Ursachen der Umweltverschlechterung abzulenken, die im Charakter des Gesellschaftssystems, in den privatkapitalistischen Eigentumsverhältnissen zu suchen sind. Die der wissenschaftlich-technischen Revolution innewohnenden hohen Potenzen können gerade in der sozialistischen Planwirtschaft in ständig steigendem Maße der Gesellschaft die Mittel geben, um das Auftreten von Störfaktoren zu verhindern oder sie zu begrenzen.

Von welchen Grundsätzen wird in der DDR bei der Entwicklung der natürlichen Umwelt ausgegangen?

Der Umweltschutz ist nach dem Landeskulturgesetz als notwendiger Bestandteil der entwickelten sozialistischen Gesellschaft planmäßig zu verwirklichen. Er ist daher in die gesamtstaatliche Leitung und Planung fest einzubeziehen. – Der Entwicklung des Schutzes und der Gestaltung der Umwelt liegen folgende Prinzipien zugrunde:

1. Einordnung der Maßnahmen des Umweltschutzes in die Pläne der Betriebe, Wirtschaftszweige und Gebiete entsprechend dem gesellschaftlich vordringlichen Bedarf,

2. Zweckentsprechende Mehrfachnutzung der Landschaft durch Erhaltung, Regeneration und Steigerung der Nutzbarkeit ihrer Ressourcen und Koordination der verschiedenen Nutzungsansprüche der Volkswirtschaft.
3. Entwicklung und Anwendung von geschlossenen Stoffkreisläufen sowie von Verfahren und Technologien, die eine Beeinträchtigung der Umwelt möglichst schon im Produktionsprozeß ausschließen und eine hohe Stoffausnutzung für die Volkswirtschaft gewährleisten.
4. Volle Auslastung der vorhandenen Reinigungsanlagen und Erhöhung ihrer Leistung durch Modernisierung sowie insgesamt Verflechtung der Intensivierung in den Betrieben mit den Aufgaben des Umweltschutzes zur Erzielung hoher Effekte bei geringem Investitions- und Betriebsaufwand.
5. Mobilisierung der Initiative der Werktätigen für die gemeinsame Gestaltung der Umwelt in den sozialistischen Betrieben und den Städten und Gemeinden, wobei die Erfüllung der Aufgaben durch den Staat ökonomisch stimuliert wird.

Die fünfte Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat die Forderung nach höherem Niveau bei der weiteren Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion erhoben. Auch für den Umweltschutz ergibt sich die Notwendigkeit einer wesentlich höheren Effektivität. Ein wichtiger Weg in dieser Richtung besteht in der zweckmäßigen Verbindung des Schutzes der Umwelt mit der vollen Ausnutzung der Rohstoffe, der Energie sowie der Rohstoffe des Produktions- und Konsumptionsprozesses. Damit gewinnt die Nutzung von wertvollen Stoffen der Abfälle aller Aggregatzustände zunehmende Bedeutung und Dringlichkeit. Gleichzeitig ergeben sich günstigere ökonomische Relationen für den Schutz der Umwelt, indem die gewonnenen Stoffe und Energieressourcen heute einen ungleich höheren wirtschaftlichen Wert repräsentieren, ganz abgesehen von der Minderung von volkswirtschaftlichen Verlusten durch die Eliminierung sonst schädigender Substanzen.

Das Langzeitziel einer abfallfreien Wirtschaft auf der Grundlage abfallfreier Technologien eröffnet eine völlig neue Dimension der Umweltpolitik, die davon bestimmt wird, daß Umweltschutz nicht Selbstzweck sein kann, sondern immer mehr notwendige Bedingung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und realer Wachstumsfaktor für das Nationaleinkommen wird.

Entsprechend der Direktive des VIII. Parteitag wurden im Sinne der dargelegten Entwicklungsprinzipien in den vergangenen vier Jahren des Fünfjahrplanes durch die Staats- und Wirtschaftsorgane sowie die Kombinate und Betriebe wachsende Anstrengungen unternommen, um die gestellten Aufgaben zu erfüllen.

In der Bilanz seit dem VIII. Parteitag können wir folgende Ergebnisse verzeichnen:

- Bei der rationellen Nutzung und Pflege des Bodens wurden große Fortschritte erzielt. Die Bodenfruchtbarkeit wurde erheblich erhöht durch Intensivierungsmaßnahmen; insbesondere durch Meliorationen auf 180 000 ha Bewässerungs- und rund 335 000 ha Entwässerungsflächen wurden erhebliche Ertragsverbesserungen erreicht.

Seit Inkrafttreten der Anordnung vom 21. März 1973 zur Förderung landchaftsgestalterischer Maßnahmen, insbesondere des Flurholzanbaues und des Erosionsschutzes, wurde spürbare, aber territorial sehr differenzierte Ergebnisse erreicht.

- Große Anstrengungen wurden unternommen, um den Rückgang landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzter Flächen aufzuhalten und ihn durch Wiederurbarmachung und Flurmelioren weitestgehend auszugleichen.

Die umfangreichen Maßnahmen der Wiederurbarmachung bergbaulich genutzter Flächen und der Flurmelioren führten im Jahre 1974 zur Gewinnung von land-

wirtschaftlichen Nutzflächen von rund 4 300 ha. Allein in den Bezirken Rostock und Schwerin wurden 1 024 bzw. 1 136 ha durch die Beseitigung von Feldwegen und andere Maßnahmen der Flurneugestaltung genommen.

Demgegenüber wurden durch wachsende Ansprüche vieler Volkswirtschaftsbereiche Tausende Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche entzogen. So wurden insgesamt im Zeitraum von 1971 bis 1974 rund 7 500 ha landwirtschaftliche Nutzfläche anderweitig in Anspruch genommen. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß allein für landwirtschaftliche Bauvorhaben 20 % der Fläche beansprucht wurden.

Die durch den Bergbau von 1971 bis 1974 wiederurbar gemachten Flächen (insgesamt 8 944 ha) entsprechen 91,5 % der in der Zielstellung der Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan geforderten Wiederurbarmachungsfläche, womit die Voraussetzung zur Übererfüllung dieses Fünfjahrplanzieles gegeben ist.

Es ist damit zu rechnen, daß der Entzug landwirtschaftlicher Nutzflächen für volkswirtschaftliche Zwecke trotz weiterer Ausgleichsmaßnahmen einen Rückgang des landwirtschaftlichen Bodenfonds auch in der Folgezeit bewirkt.

- Bei der Verwertung der durch die industriemäßige Tierproduktion anfallenden Gülle als wertvoller organischer Dünger für die Pflanzenproduktion wurden einige Fortschritte erzielt. Für Projekte industriemäßiger Anlagen der Tierproduktion sind Lösungsvarianten für die Lagerung und Ausbringung der Gülle vorhanden.

Durch die Einbeziehung der Gülle in die optimierten Düngungsempfehlungen werden Voraussetzungen dafür geschaffen, daß neben der effektiven Verwertung der Gülle in der Pflanzenproduktion auch die Grenzwerte der Belastung des Bodens durch die Gülle eingehalten werden.

- Mit der Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion erhöht sich auch die Abwasserlast in den Gewässern. Seit Jahren werden die Wasserläufe in steigendem Maße mit sauerstoffzehrenden organischen und mineralischen Abwässern, insbesondere aus den Bereichen der chemischen Industrie, Leichtindustrie, aus Kohle und Energie, Erzbergbau, Metallurgie und Kali, der landwirtschaftlichen Produktion und den Städten und Gemeinden verunreinigt.

Der Anschluß an zentrale Kläranlagen betrug 1971 44 %, wobei Berlin mit 92 %, Leipzig mit 58 % über dem DDR-Durchschnitt liegen und Suhl mit rund 10 % weit darunter. Insgesamt wurden von weiteren 522 000 Einwohnern die Abwässer in Kläranlagen gereinigt.

- Insgesamt ergibt sich eine Verminderung der organischen Abwasserlast in den Flüssen und Seen um 786 252 Einwohnergleichwerten, das sind 2,1 % der eingeleiteten Abwasserlast im Jahre 1974.

Die Beschaffenheit der Fließgewässer ist trotz höherer Abwassermengen im Zeitraum von 1971 bis 1974 im wesentlichen konstant geblieben.

- Zur Verbesserung des Wasserhaushaltes der DDR und Durchsetzung eines wirksamen Hochwasserschutzes wurden seit Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik 83 Talsperren, Speicher und Rückhaltebecken mit einem Stauraum von insgesamt mehr als 500 Mill. m³ geschaffen. Das ist in 25 Jahren ebensoviel Speicherraum, wie in den vorangegangenen 60 Jahren kapitalistischer Entwicklung.
- Auf dem Gebiet der Reinhaltung der Luft konnten in den Bereichen der Hauptemittenten von Luftschadstoffen, wie Kohle und Energie, der chemischen Industrie, des Erzbergbaus, Metallurgie und Kali sowie des Bauwesens, vor allem durch geeignete Gasreinigungsanlagen, die planmäßige Inbetriebnahme neuer Reinigungsanlagen und durch Substitution von Rohbraunkohle durch Erdgas bzw. Heizöl Erfolge erzielt werden.

So konnte zum Beispiel im Bereich des Ministeriums für Kohle und Energie eine Minderung der Staubemission in den 25 wichtigsten Betrieben von 3,4 % im Jahre 1974 gegenüber dem Vorjahr erreicht werden.

Im Bereich des Ministeriums für Chemische Industrie wurde der Auswurf von Staub um 26 % im Jahre 1974 gegenüber 1973, vor allem in den Kombinat Leuna, Böhlen und Bitterfeld abgebaut.

Die erreichten Emissionssenkungen führten nur örtlich zu Verbesserungen der Immissionsituation in den betroffenen Belastungsgebieten. So konnte zum Beispiel im Bezirk Cottbus die Staubemission 1974 um 23 % gesenkt werden, doch ist in den betroffenen Orten des Bezirkes durch die bestehende hohe Überbelastung der Luft mit Staub das Ergebnis kaum spürbar.

Generell kann jedoch eingeschätzt werden, daß trotz ständiger Erweiterung der industriellen Produktion keine höhere Belastung der Luft mit Schadstoffen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik zu verzeichnen ist.

- Die Lärmeinwirkungen auf den Menschen weisen durch das Tempo der technischen Entwicklung und durch die zunehmende Wohn- und Verkehrsdichte in Umfang und Intensität eine steigende Tendenz auf.

Im Jahre 1974 wurden Verringerungen der Lärmbelastung am Arbeitsplatz und in den angrenzenden Wohngebieten zum Beispiel durch Kopplung der Ventilatoren der Entstaubungsanlagen und Schallsolierungen bei Kompressoren sowie Aufstellen von Schalldämmkulissen erzielt.

Neben dem Lärm aus Industrieanlagen stellt der Verkehrslärm die häufigste Lärmquelle für Wohn- und Erholungsgebiete dar. Auf der Grundlage von Lärmkarten wurden zum Beispiel bedeutende Verkehrslösungen für die Städte Berlin und Magdeburg konzipiert und realisiert.

- Der Anfall von Siedlungsabfällen stieg von 1970 bis 1974 von 14,3 Mill. m³ auf 23,3 Mill. m³, das entspricht einer Steigerung auf 163 %. Die organisierte Müllabfuhr konnte 1974 auf 14,1 Mill. m³ erhöht werden. Nahezu alle Gemeinden mit über 2 000 Einwohnern sind an die Müllabfuhr angeschlossen.

2,6 Mill. m³ werden der geordneten Deponie bzw. der Verbrennung und Kompostierung zugeführt. So wurde die Kompostierung 1973 von 30,7 Tm³ auf 48 Tm³ gesteigert. Obwohl der anfallende Siedlungsmüll eine große Rohstoffreserve für die Kompostierung darstellt, werden gegenwärtig nur 0,3 % landwirtschaftlich verwertet.

Anfang 1975 konnte die Müllverbrennungsanlage in Berlin in Betrieb genommen werden, die bei voller Leistung 500 Tm³ beseitigen wird.

- Zur Erhaltung und Pflege der Landschaft wurde von den örtlichen Organen mit Unterstützung der gesellschaftlichen Organisationen, besonders des Kulturbundes der Deutschen Demokratischen Republik, der Kammer der Technik und des Bundes der Architekten im Rahmen des Wettbewerbs „Schöner unsere Städte und Gemeinden . . .“ verstärkte Schritte unternommen, um Grünanlagen zu pflegen, Wanderwege anzulegen und Baumpflanzungen durchzuführen. So wurde begonnen, die rund 1 500 vorhandenen ländlichen Parke mit einem Anlagevermögen von 750 Millionen Mark zu sichern und einer Nutzung zuzuführen. Bisher wurden 75 Parke unter Denkmalschutz gestellt und bereits eine bedeutend größere Zahl als Sport- und Erholungspark ausgebaut. Ungeachtet noch vorhandener Probleme können wir doch beträchtliche Erfolge aufzeigen.

Sie sind das Ergebnis des konzentrierten und planmäßigen Einsatzes der Kräfte und Mittel, die unsere Volkswirtschaft für diese Aufgaben in zunehmendem Maße zur Verfügung stellen konnte.

Zur Gesunderhaltung und Reproduktion der Arbeitskraft der Werktätigen sowie zur rationellen Nutzung der natürlichen Ressourcen wird auf folgende Richtungen und Schwerpunkte orientiert:

1. Die Deckung des steigenden Trink- und Brauchwasserbedarfs der Bevölkerung, Industrie und Landwirtschaft auf 117 bis 119 % (1975/80) erfordert die Intensivierung der Nutzung der Wasserressourcen. Die Gewässerbeschaffenheit ist schrittweise insbesondere in folgenden Schwerpunktflußgebieten zu verbessern: Spree, Havel, Saale, Weiße Elster, Chemnitz, Zwickauer Mulde sowie in den Territorialgewässern der Ostsee.
2. Zur Minderung volkswirtschaftlicher Schäden infolge einer unzulässig hohen Belastung der Luft mit Schadstoffen sind durch weiteren Einbau von Entstaubungsanlagen und ihre höhere Ausnutzung – konzentriert auf die Bereiche der Ministerien für Kohle und Energie, Chemische Industrie, Erzbergbau, Metallurgie und Kali sowie Bauwesen – die Staubemissionen insbesondere in den Ballungsgebieten um mindestens 20 % zu senken und damit die Lebensbedingungen in den Zentren der Arbeiterklasse zu verbessern.

Bei den Großkraftwerken ist bis 1980 die Verfügbarkeit der Filteranlagen durch technisch-organisatorische Maßnahmen auf 95 % zu erhöhen.

Zur Einschränkung der Immission durch Kraftfahrzeuge kommt es darauf an, verkehrsorganisatorische Maßnahmen verstärkt durchzuführen sowie die abgasgerechte LeerlaufEinstellung bei Otto-Motoren und die Rauchgasdichtebegrenzungen bei Dieselmotoren entsprechend den staatlichen Standards durchzusetzen. Damit sind gleichzeitig Reserven für eine Treibstoffeinsparung zu erschließen.

3. Zur Abproduktproblematik. – Besonders das 13. Plenum des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat erneut die Bedeutung der Nutzung von industriellen Abprodukten als Sekundärrohstoffe unterstrichen. Durch die Überführung von bereits vorliegenden Forschungsergebnissen für Technologien zur Verwertung von Abprodukten (z. B. Aschen, Schlacken, Natriumsulfatlösung, Plastabfälle, Altreifen, Sulfitablauge, Altpapier, Holzreste) in die Praxis und die weitere Aufnahme von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten wird in den nächsten Jahren eine beträchtliche Steigerung der Verwertung von industriellen Abprodukten erreicht. Bei noch nicht verwertbaren Rückständen sind durch die Räte der Bezirke spezielle Deponieflächen für gefährliche Abprodukte einschließlich der Nutzung unterirdischer Hohlräume bzw. von Bohrlöchern vorzusehen.

Bis 1980 steigt die Güllemenge auf voraussichtlich 84 Mill. t an. Das entspricht in etwa der vierfachen Schmutzlast aus dem Abwasseranfall der gesamten Einwohnerzahl der Deutschen Demokratischen Republik. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, die Gülle im Interesse der ökonomischen Nutzung der darin enthaltenen Nährstoffe einer landwirtschaftlichen Verwertung zuzuführen. Bei Großanlagen der Tierproduktion (ab 2 000 GV) und nicht ausreichenden Verwertungsflächen wird allerdings zur Nährstoffentlastung vor der Bodenbehandlung eine Fest-Flüssig-Trennung der Gülle, verbunden mit biologischen Aufbereitungsverfahren, zur Anwendung kommen müssen. Eine dritte Aufbereitungsstufe wird bei akuter Gefährdung von Trinkwassereinzugsgebieten erforderlich werden.

4. Auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik sind planmäßig die Voraussetzungen für eine hohe Effektivität bei der Entwicklung und dem Schutz der Umwelt, insbesondere durch rationelle Nutzung der natürlichen Ressourcen, abproduktfreie beziehungsweise abproduktarme Technologien sowie Anlagen mit günstigen Kostenparametern zu schaffen.

- Zur Schaffung der wissenschaftlichen Grundlagen für die Leitung und Planung der sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes ist die ökonomische Forschung auf die Erarbeitung von langfristigen Entwicklungszielen, die Untersuchung der Reproduktionsbeziehungen und des Nutzeffektes im Bereich der Umwelt, die Ausnutzung der Wertkategorien für den Umweltschutz sowie auf die komplexe Überwachung und die Analyse der Umweltbedingungen zu konzentrieren.
- Zur rationellen Nutzung der Wasserressourcen unter Gewährleistung ihrer Reinhaltung sind neue Verfahren der Abwasserbehandlung sowie effektivere Technologien zur Rekonstruktion bestehender Anlagen sowie zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der wasserwirtschaftlichen Grundfonds einzuführen, die eine Kapazitätssteigerung von 40 bis 50 % in den vorhandenen Bauhüllen ermöglichen. Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten werden insbesondere auf physikalisch-chemische, biochemische und intensivbiologische Verfahren zur Reinigung von industriellen und landwirtschaftlichen Abwässern (einschl. Gülle) und auf die maschinelle Schlammbehandlung gerichtet. Besonderes Augenmerk ist auch auf die Herstellung von Futtermitteln aus Schweine- und Geflügelgülle sowie aus Bioschlamm zu lenken.
- Auf dem Gebiet der Reinhaltung der Luft bilden besondere Schwerpunkte die Vervollkommnung und Einführung der Rauchgasentschwefelung nach dem Kalkstein-Additivverfahren, die Aufnahme von Untersuchungen zur Gewinnung von Schwefel und Schwefelprodukten aus Abgasen und Brennstoffen sowie die Entwicklung beziehungsweise Übernahme von Verfahren zur Eliminierung und Nutzbarmachung von Abgasen der Viskosefaserproduktion.
- Zur verstärkten Nutzung von Abprodukten sind die wissenschaftlich-technischen Aufgaben auf die Verwertung von Rückständen der stoffumwandelnden Industrie (Plaste, Altgummi, Natriumsulfat, Quecksilber), von mineralischen Abprodukten ($MgCl_2$ -Laugen, Aschen, Schlacken und Schlämme), Sulfitablaugen für die Herstellung von Biomasse und anderen Stoffen sowie der Siedlungsabfälle unter Einbeziehung von Klärschlamm und Fäkalien zu lenken.
- Auf dem Gebiet der toxikologischen Forschung kommt es darauf an, industriell und landwirtschaftlich wichtige, biologisch aktive Verbindungen in der Biosphäre zu erfassen und zu bewerten, das Anwendungsrisiko von chemischen Erzeugnissen durch Entwicklung neuer Wirkstoffe und durch gezielte Applikation zu begrenzen sowie Verfahren für die Nutzbarmachung und schadlose Beseitigung toxischer Abprodukte auszuarbeiten.
- Zur Einschränkung des Lärms im Produktionsprozeß und in Wohngebieten sind die wissenschaftlich-technischen Arbeiten auf geräuscharme Konstruktionen und schalldämmende Aggregate im Maschinenbau (Axialventilatoren mit energiesparender Regelung, Schnittschlagdämpfer und andere) sowie auf die Weiterentwicklung von Lärmschutzmaterialien und -maßnahmen im Bauwesen und im Verkehrswesen konzentriert.

Mit dieser komprimierten Darstellung der Hauptrichtungen für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik möchte ich schließen.

Günter Franke
Ministerium für Umweltschutz
und Wasserwirtschaft der DDR
Abt. Umweltschutz
DDR - 102 Berlin
Hans-Beimler-Straße 70/72